UNIVERSITY OF CALIFORNIA
AT LOS ANGELES
JUN 29 1936
LIBRARY

Nacht-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Montag, 8. Juni	Nr. 742

Beschlüsse des Reichsschutzkongresses.

Berlin, 7. Juni. In seiner vierten, fünften und sechsten Arbeitssitzung hat der Kongreß für gewerblichen Rechtsschutz Beschlüsse gefaßt, die teilweise Probleme von außerordentlicher wirtschaftlicher Bedeutung behandeln:

1. **Agentenmarken** (Nr. 16 des Luxemburger Jahrbuches). Der Kernpunkt dieses für den internationalen Verkehr wichtigen Problems ist folgender: Ein inländischer Unternehmer läßt im Auslande seine Ware durch Agenten oder Vertreter verkaufen, ohne seine Marke selbst im Auslande eintragen zu lassen. Es kommt nun vor, daß der Vertreter ohne Wissen des Auftraggebers im eigenen Namen die Eintragung der Marke verlangt und dieser erst nach einiger Zeit von der erfolgten Eintragung erfährt. Der Kongreß hat beschlossen, daß bei solchen Eintragungen der Auftraggeber berechtigt ist, im Namen des Agenten zu widersprechen, bezw. zu jeder Zeit die Löschung oder die Uebertragung der bereits erfolgten Eintragungen zu seinen Gunsten zu verlangen. Weiterhin ist der Kongreß der Ansicht, daß der Agent oder Vertreter die Marke nicht gegen den Willen des betreffenden Inhabers benutzen darf.

2. **Benutzung von Warenzeichen zum Zwecke der einfachen Bezugnahme** (Nr. 17 des Luxemburger Jahrbuches). Auf dem Budapester Kongreß 1930 war eine Entschließung gefaßt worden, jeglichen Gebrauch des Namens oder Warenzeichens eines anderen zum Zwecke der einfachen Bezugnahme und um Verwechslungen zu vermeiden, als unzulässig und als Verletzung der Rechte des Namens- oder Warenzeicheninhabers zu betrachten. Dem in diesem Vorschlag enthaltenen Grundgedanken zur Unterdrückung unlauteren Wettbewerbs ist zuzustimmen. Bedenken bestehen aber gegen die rigorose Fassung des Vorschlags. In der sogenannten Ersatzteilindustrie werden z. B. unter Verwendung von Namen und Marken, die für die Maschinen, Apparate usw. selbst geschützt sind, Einzelteile zu diesen Maschinen hergestellt. Ohne Bezugnahme des Ersatzteils auf fremde Namen oder Zeichen würde die Industrie keine oder doch nur erschwerte Absatzmöglichkeiten haben. Hier waren im Kongreß die Meinungen verschieden. In diesem Punkt gehen übrigens auch die Ansichten von Wissenschaft und Rechtsprechung auseinander. Der Kongreß beschloß, bei der Schwierigkeit des Problems, dieses Punkt erst nach einer weiteren Prüfung zu unterziehen.

3. **Stillende Nachahmung** (Nr. 19 des Luxemburger Jahrbuches). Ein gleich schwierige Frage, wie die vorangestehende ist das Problem der sklavischen Nachahmung. Der Tatbestand des Problems ist folgender: Ein Erfinder hat eine Sache herausgebracht, die eine Zeit lang unter Patentschutz stand und dann frei geworden ist und die darauf von dritter Seite haargenau nachgebildet wurde. Zweifellos ist die Sache in ihren technischen Einzelheiten frei geworden und gehört nach Ablauf des zeitlichen Schutzes der Allgemeinheit. Trotzdem wird es zahlreiche Fälle geben, in denen sich das Rechtsgefühl und sittliche Empfinden dagegen wehrt, daß es gestattet sein soll, unter fortlaufender Benutzung von Arbeitsergebnissen eines anderen eine Sache herzustellen. Hier den Ausgleich zwischen den Interessen der Allgemeinheit und den in gewissen Grenzen berechtigten Interessen des ursprünglichen Herstellers zu finden, ist außerordentlich schwierig.

Der Ehrenpräsident des Kongresses, Reichsminister Dr. Frank, hat in seiner großen Eröffnungsrede am 1. Juni diese Frage als ein Problem bezeichnet, das an die tiefste Grundlage des ganzen Rechtsgebiets des gewerblichen Rechtsschutzes rührt und mit sich bisher im wesentlichen nur die Rechtsprechung und das Schrifttum der einzelnen Länder befaßt habe. Reichsminister Dr. Frank hat in dieser Kongreßansprache auf die Behandlung dieses Problems nach der deutschen Rechtsauffassung hingewiesen, indem er u. a. betonte, daß in Deutschland die Frage der „sklavischen Nachahmung" unter dem Gesichtspunkt der Benutzung fremder Arbeiten wesentlich erweitert worden sei, eine Ansicht, die zweifellos für die Förderung des gesamten Problems von Vorteil ist. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß damit die Materie auch wesentlich erschwert werde.

Der Kongreß hat die Frage der sklavischen Nachahmung einem eingehenden Studium vorbehalten und die Landesgruppen gebeten, ihre grundsätzliche Einstellung hierzu genau festzulegen und der internationalen Vereinigung einzureichen.

4. **Beschränkung des Schutzes der internationalen Marke auf einzelne Länder** (Nr. 18 des Luxemburger Jahrbuches). Hier handelt es sich bei den Reformvorschlägen in der Hauptsache um eine Gebühren- und Gebührenverteilungsfrage. Es soll ermöglicht werden durch eine zu treffende Einrichtung, daß der Erfinder den Schutz für eine beschränkte Anzahl von Ländern gegen eine ermäßigte Taxe in Anspruch nehmen kann. Es ist jedoch nicht zu verkennen, daß durch ein komplizierteres System von Teilschutzrechten — wie es der niederländische Vorschlag zur Folge haben würde — der internationale Rechtsschutz in seiner Klarheit und Durchsichtigkeit sowie in der Verteilung der Gebühren erschwert werden würde. Der Kongreß hat hierzu beschlossen, die Prüfung dieser Frage, insbesondere den Bericht der deutschen Gruppe dem geschäftsführenden Ausschuß zu übergeben.

5. **Madrider Abkommen über falsche Herkunftsbezeichnungen** (Nr. 20 des Luxemburger Jahrbuches). Dieses Abkommen dient dazu, falsche Bezeichnungen über die Herkunft der Waren zu verhindern. In Artikel 4 des Abkommens ist bestimmt, daß die Gerichte eines jeden Landes darüber zu entscheiden haben, welche Bezeichnungen Gattungsbezeichnungen sind und deswegen nicht unter die Bestimmungen des Madrider Abkommens fallen, daß dieser Vorbehalt sich jedoch nicht auf die Weinbauerzeugnisse bezieht. Dem Kongreß war eine Erweiterung vorgeschlagen, die von ihm auch angenommen wurde: Es soll nicht zulässig sein, für Weinbauerzeugnisse Herkunftsbezeichnungen dadurch zu mißbrauchen, daß man sie mit Worten wie Typ, Art, Fasson usw. umfleidet.

Völlig unberechtigte sowjetrussische Beschuldigungen.

Berlin, 8. Juni. Am 4. Mai d. J. hat auf der Höhe von Gotland bei schwerer See und Nebel ein Zusammenstoß des deutschen Dampfers aus Flensburg „Rollux" mit dem sowjetrussischen Dampfer „Menshinski" stattgefunden. Die Schiffe kamen nach dem Zusammenstoß sofort wieder frei, und beide wurden verhältnismäßig nur unbedeutend beschädigt. Beide Dampfer haben ihre Fahrt, der deutsche nach seinem Bestimmungshafen Leningrad, fortsetzen können.

Dieser Vorfall ist von der gesamten sowjetrussischen Presse zum Anlaß von unbegründeten und hämischen Angriffen gegen die Führung des deutschen Dampfers genommen worden. Unter unfreundlichen Ueberschriften wie „Grobe Verletzung der Schiffahrtsregeln durch den deutschen Dampfer" wird von der Sowjetpresse behauptet, daß der deutsche Dampfer nach dem Zusammenstoß sofort davon gefahren sei, ohne sich um das sowjetrussische Schiff zu kümmern, insbesondere ohne auf dessen Radiouanrufe zu antworten.

Diesen Behauptungen gegenüber wird festgestellt, daß das Deutsche Generalkonsulat in Leningrad bereits die gesetzlich vorgeschriebenen Ermittlungen und Beweserhebungen vorgenommen hat, die zur vorläufigen Feststellung des Tatbestandes des Seeunfalls erforderlich sind, und daß sich hierbei Folgendes ergeben hat: Auf dem deutschen Dampfer sind vor dem Zusammenstoß dauernd die vorgeschriebenen Nebelsignale gegeben worden, während der Kapitän, der erste Offizier, der Ausguckmann und der Rudermann des deutschen Dampfers, und zwar die letzten beiden unter Eid, vor dem Deutschen Generalkonsulat bekundet haben, daß sie von dem Dampfer „Menshinski" kein Signal gehört haben.

Nach Ansicht der Besatzung des „Rollux" ist der sowjetrussische Dampfer, nachdem die beiden Schiffe nach dem Zusammenstoß wieder frei gekommen sind, sofort mit Fahrt im Nebel verschwunden. Der deutsche Dampfer hat sich an der Unfallstelle etwa zwei Stunden aufgehalten und sich bemüht, das Schiff, mit dem es zusammengestoßen war, zu finden, indem er andauernd zwei lange Töne mit der Dampfpfeife gab und auch versuchte, durch Funkspruch eine Verbindung zu erreichen. Erst nachdem sich alle Bemühungen als ergebnislos erwiesen hatten und als auch nach Aufklären des Wetters von dem anderen Schiff weit und breit nichts mehr zu sehen war, hat der Kapitän des deutschen Dampfers die Weiterfahrt angeordnet.

Hiernach entbehren die von sowjetrussischer Seite gegen die Führung des deutschen Dampfers „Rollux" erhobenen Beschuldigungen jeder Berechtigung und müssen daher mit allem Nachdruck zurückgewiesen werden. Die Deutsche Botschaft in Moskau hat wegen der nach Ton und Inhalt unzulässigen Veröffentlichungen der Sowjetpresse über den Seeunfall bei der Sowjetregierung Beschwerde erhoben.

Gemeinschaftsfahrt des Reichsjustizministeriums und des Volksgerichtshofs.

Berlin, 8. Juni. Am Samstag, den 6. Juni, veranstaltete die Fachschaftsgruppe und die NSDO des Reichsjustizministeriums und des Volksgerichtshofs eine gemeinschaftliche Dampferfahrt, die durch die Dahme, den Seddin-, Dämmeritz- und Müggel-See zum Müggelschlößchen führte.

An dieser Fahrt nahmen nahezu alle Arbeitskameraden des Reichsjustizministeriums und des Volksgerichtshofes mit ihren Angehörigen teil, sodaß im Müggelschlößchen über 700 Teilnehmer in fröhlicher Gemeinschaft beisammen waren. Dort begrüßte Fachschaftsgruppenleiter Pg. **Friedrich** die Teilnehmer. Sodann sprach Staatssekretär Dr. **Schlegelberger** anstelle des auf einer Dienstreise befindlichen Reichsministers der Justiz, Dr. Gürtner, über den Sinn dieser Gemeinschaftsfahrt, die den Teilnehmern neue Kraft und Freude für ihre tägliche Berufsarbeit geben solle.

Erst spät brachte der Dampfer die Teilnehmer der Fahrt nach Berlin zurück.

175 Jahre Deutsch-Evangelische Gemeinde in Lissabon.

Lissabon, 8. Juni. Die Deutsch-Evangelische Gemeinde Lissabons feierte am Sonntag im neuen festlich geschmückten Gotteshause den Tag ihres 175jährigen Bestehens. Zur Feier war der Leiter der Auslandsabteilung der evangelischen Kirche, Bischof **Heckel**, eingetroffen. Auch die diplomatischen Vertreter der evangelischen Länder nahmen an der Veranstaltung teil, so die Gesandten von Deutschland, Holland, Norwegen und die Generalkonsuln der Schweiz und Schwedens. Außerdem waren der Leiter der portugiesischen evangelischen Allianz und Vertreter der deutschen evangelischen Gemeinden auf der Iberischen Halbinsel anwesend.

Der deutsche Gesandte, Baron **von Hoyningen-Huene**, überbrachte persönliche Glückwünsche des Führers, auf die die Gemeinde mit einem Ergebenheitstelegramm und dem erneuten Treuebekenntnis antwortete.

Bischof **Heckel** würdigte die Verdienste der Gemeinde als Brücke zwischen Deutschland und Portugal. Der deutsche Gesandte kennzeichnete das Verhältnis des neuen Reiches zum Glauben und würdigte insbesondere die Vernichtung der Gottlosen-Bewegung durch das Dritte Reich.

Am Abend fand in der Kirche ein Orgelkonzert statt.

Deutsch auf der Internationalen Arbeitskonferenz.

Genf, 8. Juni. In dem Ausschuß der Internationalen Arbeitskonferenz, der sich mit dem Problem bezahlten Urlaubs befaßt, wurde von 14 Mitgliedern beantragt, **Deutsch** neben Französisch und Englisch als offizielle Sprache zuzulassen, so daß alle in den beiden anderen Sprache abgegebenen Erklärungen vom Sekretariat des Ausschusses auch ins Deutsche übersetzt werden. Diesem **Antrag** mußte auf Grund einer Geschäftsordnungsänderung, die vor einigen Jahren zugunsten der deutschen Sprache getroffen wurde, **stattgegeben** werden.

In der Aussprache machte ein südamerikanischer Delegierter geltend, daß 23 von 48 Ausschußmitgliedern Spanisch zur Muttersprache hätten und ihre Anträge geltend machen müßten, wenn der Kreis der offiziellen Sprachen erweitert werde. Der Vorsitzende wies jedoch darauf hin, daß die Geschäftsordnung dafür keine Grundlage biete, daß es aber allen Delegierten freistehe, in ihrer eigenen Sprache Erklärungen abzugeben.

Kultusminister Homan über seine Eindrücke in Deutschland.

Budapest, 7. Juni. Kultusminister **Dr. Homan** äußerte sich vor Vertretern der ungarischen Presse über seine auf der Deutschlandreise gewonnenen Eindrücke.

Einleitend stellte er fest, daß überall in der Welt das Vordringen des Gemeinschaftsgedankens auf Kosten des Individualismus festzustellen sei. Die neuen Staatssysteme hätten alle den einen gemeinsamen Zug, das Streben nach Ausgestaltung und Befestigung einer gemeinsamen Weltanschauung. Die Methoden und Mittel seien in jedem Lande verschieden, und verschieden sei auch die Staatsform, in deren Rahmen sie zum Ausdruck gelangten. Im Anfangsstadium seien Uebertreibungen, Irrungen und Mißschwingungen zu beobachten, die aber keineswegs als Grundlage der Beurteilung des Gesamtsystems dienen könnten. Alle diese Systeme seien in der seelischen Verfassung der bestimmten Nation verwurzelt und könnten daher als solche nicht in andere Staaten verpflanzt werden.

Der Kultusminister stellte dann fest, daß im Dritten Reich die große Zielsetzung in der auf der vollen Einheit und der gemeinsamen deutschen Weltanschauung beruhenden deutschvölkischen Einheit bestehe. Im Interesse dieser Zielsetzung seien starke und drastische Methoden und Mittel in Anspruch genommen worden. Das Hauptmittel der Begründung der deutschen Einheit sei über auch die seelische Ueberzeugung und die zielbewußte Erziehung. Den gedanklichen Inhalt des Nationalsozialismus erblicke er in der kraftvollen Betonung des nationalen und völkischen Grundsatzes. Auch in der Kulturpolitik werde gerade die Entfaltung der völkischen Kultur am stärksten betont.

Die Leistungen des neuen Systems in Deutschland überträfen alle Vorstellungen. Mit Hilfe einer planmäßigen Erziehung und wirtschaftlicher Maßnahmen habe der Nationalismus alle Klassen des Volkes organisiert und in den breitesten Schichten des Volkes Wurzel geschlagen. Ein großer Anteil an diesem Erfolg gebühre der systematischen deutschen Methode. Dieses System sei heute in Deutschland in jeder Richtung vollkommen ausgearbeitet. Die großen Schöpfungen der Gegenwart bedeuteten jedoch nur einen ersten Anfang.

In Berlin gewinne man ungefähr den gleichen Eindruck, den man vor zehn Jahren in Rom habe gewinnen können. Die früheren kaotischen Einrichtungen seien der neuen Regierung angepaßt, die Schaffung neuer Einrichtungen sei in Angriff genommen worden. Nur mit größter Anerkennung könne man über die neuen deutschen Arbeitslager, die nationalpolitischen Erziehungsanstalten und das sogenannte Landjahr sprechen. Überall seien großzügige Arbeiten im Gange. Für die Olympiade seien monumentale Sportanlagen geschaffen worden, wie das Stadion, die großen Kampfplätze sowie das gewaltige Gebäude der neuen Akademie für Körperkultur. Diese Akademie bilde die Krönung des neuen Systems der Körperkultur.

Auch das große Werk der Stadtneugestaltung sei in München und Berlin mit großem Erfolg in Angriff genommen worden. Alle diese Werke erweckten in dem ausländischen Besucher das Gefühl der ehrlichen Bewunderung für die deutsche Kraft und die systematischen deutschen Methoden.

Ueber den Eindruck der Persönlichkeit des Führers und Reichskanzlers betrach erklärte der Kultusminister, die charakteristischen Züge der Persönlichkeit des Führers sei der unerschütterliche Glaube an seine Zielsetzung, das Bewußtsein seiner Mission, seine puritanisch-ethische Lebensauffassung, seine bis zur Einfachheit vertiefte Unmittelbarkeit, die ungeheure Kraft seines Blickes und seiner Worte sowie der gewaltige Wille, der in allen Schöpfungen und der gesamten Führung des Systems zum Ausdruck gelange.

Ohne jeden Zweifel habe er in Adolf Hitler einer der größten Persönlichkeiten des gegenwärtigen Zeitalters gegenübergestanden.

Französische Botschafter bei Delbos.

Paris, 8. Juni. Der französische Außenminister **Delbos** empfing am Montag vormittag die französischen Botschafter in Berlin, Rom und Prag, mit denen er sich ausführlich über die internationale Lage unterhielt.

Vandervelde gescheitert. — Wieder van Zeeland?

Brüssel, 8. Juni. Die Bemühungen des Vorsitzenden der belgischen Arbeiterpartei, **Vandervelde**, die Regierung zu bilden, sind gescheitert.

Wie verlautet, wird sich Vandervelde am Nachmittag ins Schloß begeben, um seinen Auftrag zurückzugeben. Man nimmt allgemein an, daß in diesem Falle der König den bisherigen Ministerpräsidenten **van Zeeland** mit der Neubildung des Kabinetts beauftragen wird.

Fünfstündiger Feuerkampf bei Jerusalem.

Jerusalem, 8. Juni. Das Großfeuer, das gestern in einem Lager von Baumaterial und Holz ausgebrochen war, verursachte einen Schaden von ungefähr 5000 Pfund.

Das Gefecht bei **Zitta** am Westausgange von Jerusalem war eine der größten Kampfhandlungen der bisherigen Unruhen. Es wurde mit ungefähr 200 Schüssen eröffnet, die Araber auf eine Autobus-Karavane, die von Jaffa nach Jerusalem fuhr, abgaben. Erst nachdem englisches Militär mit Maschinengewehren eingesetzt wurde, konnte sich die Karavane erfolgreich wehren. Nach fünfstündigem Feuerkampf wurden die Angreifer zurückgeschlagen. Auf englischer Seite war ein Verwundeter zu verzeichnen.

Am ganzen Lande häufen sich die Sabotageakte. Es kamen zahlreiche Brückensprengungen, Eisenbahnstörungen, vereinzelte Schüsse und Bombenwürfe vor.

Am Montag früh explodierte am Jaffa-Tor in Jerusalem eine Bombe. Durch Sprengstücke wurden mehrere Personen verletzt.

In Jerusalemer Gefängnis ist ein Streik der Gefangenen ausgebrochen. Es konnte festgestellt werden, daß er von jüdischen Kommunisten angestiftet worden war. Der Streik wurde rasch unterdrückt.

Am Sonntag wurden außer **Aunibey Abdulsabi** weitere neun Araberführer ins Wüstenkonzentrationslager in der Nähe der ägyptischen Grenze verbannt. Unter ihnen befindet sich auch **Fathat Rafhafnibi**.

Die ägyptische illustrierte Zeitung, die am Sonntag in Palästina eintraf, wurde von den Behörden beschlagnahmt.

Ein neues Mittel zur Sabotage ist die Tötung des für Juden bestimmten Schlachtviehs durch Schüsse. Im Schlachthause von Jerusalem wurden die Tiere systematisch erschossen, so daß ihr Fleisch für orthodoxe Juden nicht verwendbar ist, weil die Tiere nicht koscher verendet sind.

Die von Fellachen nach Jerusalem gebrachten Lebensmittel wurden der Reihe nach von den Toren der Hauptstadt abgewiesen, so daß starker Gemüse- und Lebensmittelmangel eingetreten ist.

In Nord-Palästina wird die Lage immer gespannter.

Die Mandatsregierung stellte erneut die besonders aus Aegypten stammenden Gerichte über Gehorsamsverweigerungen englischer Soldaten und Verluste englischer Abteilungen in Abrede.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.